

Ulrich Delius

Gesellschaft für bedrohte Völker

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache
19(17)27

Beantwortung des Fragenkatalogs für die Anhörung am 28. November 2018

Zu Frage 1.) Das Recht auf Religionsfreiheit wird vor allem in Staaten Asiens und des Nahen Ostens verletzt. Aber auch in Westafrika werden Menschen aufgrund ihres Glaubens Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

In zahlreichen Staaten werden Menschen aufgrund ihres Glaubens von staatlichen Behörden verfolgt. Aber auch nicht-staatliche Akteure gehen vor allem gegen religiöse Minderheiten vor, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen, um Konflikte zu schüren und Staaten zu destabilisieren. Oft geht es dabei nur oberflächlich um religiöse Fragen, sondern um Ausgrenzung und Machterweiterung.

So ermordet die Terrorbewegung Boko Haram in Nigeria sowohl Christen als auch Muslime. Sie ist sich aber bewusst, dass jeder Terroranschlag gegen christliche Einrichtungen weltweit Aufmerksamkeit erregt, Nigers Regierung destabilisiert und den eigenen Machteinfluss stärkt. Auch In Ägypten wollen Attentäter des „Islamischen Staates (IS)“ mit ihren Anschlägen auf christliche Kopten vor allem den ägyptischen Staat und den Tourismus treffen. Denn der Tourismus ist eine der Haupteinnahmequellen des Staates, den der IS destabilisieren will. Religion steht dabei nicht vordringlich im Zentrum der Überlegungen der Terroristen des IS.

Verletzung der Religionsfreiheit durch staatliche Behörden:

- **China:** Tibetische und mongolische Buddhisten, muslimische Uiguren und Kasachen, Christen, Meditationsbewegung Falun Gong;
- **Nordkorea:** Christen;
- **Vietnam:** Christen, Buddhisten;
- **Myanmar:** Muslimische Rohingya, christliche Chin, Karen und Kachin;
- **Indien:** Muslime und Christen;
- **Nepal:** Christen, Hindu und Buddhisten;

- **Pakistan:** Christen, Ahmadiyyah-Muslime, Hindu;
- **Bangladesch:** Hindu, buddhistische indigene Chakma;
- **Indonesien:** Ahmadiyyah-Muslime, Schiiten, Christen;
- **Malaysia:** Christen;
- **Iran:** Bahai'i, Christen;
- **Irak:** Christen, Yeziden;
- **Türkei:** Aleviten, Christen;
- **Ägypten:** christliche Kopten;
- **Algerien:** Christen, Konvertiten;
- **Sudan:** Christen;
- **Eritrea:** Christen;
- **Jemen:** Bahai'i, Christen.

Übergriffe auf religiöse Minderheiten durch **nicht-staatliche Akteure**:

- **Myanmar:** muslimische Rohingya;
- **Sri Lanka:** Muslime;
- **Bangladesch:** Christen, Hindu;
- **Indien:** Christen und Muslime;
- **Nepal:** Christen;
- **Pakistan:** Christen, Ahmadiyyah-Muslime, Hindu, schiitische Hazara;
- **Afghanistan:** schiitische Hazara;
- **Indonesien:** Ahmadiyyah-Muslime, Christen, Schiiten;
- **Irak:** Christen und Yeziden;
- **Syrien:** Christen;
- **Ägypten:** Christliche Kopten und Sufi-Muslime;
- **Niger:** Christen;

- **Nigeria:** Christen;
- **Zentralafrikanische Republik:** Christen und Muslime;
- **Libyen:** Sufi-Muslime, Christen.

Zu Frage 2.) Die Lage in muslimischen Staaten ist sehr unterschiedlich. Die Situation in Marokko oder Indonesien ist nicht vergleichbar mit der in Saudi-Arabien und dem Iran. Daher kann nicht pauschal von der Stellung von Menschenrechten in allen islamischen Staaten gesprochen werden.

Auch kann nicht grundsätzlich behauptet werden, dass sich die **Gleichberechtigung der Geschlechter** in den Parlamenten dort weniger durchgesetzt hat als in Rechtsstaaten der Europäischen Union. So sind im Sudan ähnlich viele Frauen als Abgeordnete im nationalen Parlament vertreten wie in Deutschland (rund 31 Prozent aller Parlamentssitze). Länder wie das muslimische und christliche Äthiopien sind in Sachen Gleichberechtigung der Geschlechter in der Regierung Deutschland voraus. So haben Frauen in Äthiopien die Hälfte aller Regierungsämter inne. In dem regionalen Staatenbündnis Afrikanische Union (AU) sind alle Kommissionen paritätisch mit Frauen und Männern besetzt. Davon sind die Europäische Union und manche politische Partei in Deutschland weit entfernt. Auch haben islamische Staaten wie Pakistan schon vor Jahren Staatspräsidentinnen wie Benazir Bhutto in diese Machtstellung gewählt. In den kurdischen Gebieten in der Türkei und in Nordsyrien werden alle führenden Stellungen im öffentlichen Leben paritätisch von Männern und Frauen besetzt.

Es gibt in vielen islamischen Staaten Verbesserungsbedarf beim Respekt der **Religionsfreiheit** und der Gleichberechtigung der Geschlechter. In vielen muslimischen Ländern hat die Mehrheitsbevölkerung ein traditionell gutes Verhältnis zu religiösen Minderheiten. Meistens sind es islamistische Extremisten, die versuchen mit Übergriffen auf religiöse Minderheiten auf sich aufmerksam zu machen und Unterstützung in Machtkämpfen zu mobilisieren. Für sie ist Religion aber nur Mittel zum Zweck im Machtkampf.

Das Recht auf Religionsfreiheit ist unteilbar und weltweit gültig. Das heißt, es gilt nicht nur für Christen, sondern auch für Hindu, Buddhisten, Muslime und Angehörige anderer Religionen. Wer auf seiner universellen Geltung besteht, muss auch im eigenen Land Glaubensfreiheit achten und leben. Ansonsten verliert dieser Anspruch international an Glaubwürdigkeit und Unterstützung.

Zu Frage 3.) Die **weltweite Geltung des Rechts auf Religionsfreiheit** muss gestärkt werden. Man wird auf internationaler Ebene nicht glaubwürdiger, wenn man Vergeltung für unzureichende Glaubensfreiheit übt und religiösen Minderheiten im eigenen Land elementare Rechte verwehrt. Die EU-Mitgliedstaaten würden mit einer solchen Politik auch internationale Konventionen verletzen, zu deren Beachtung sie sich völkerrechtlich verbindlich verpflichtet haben.

Eine Politik der Vergeltung schürt nur neue Konflikte, statt die Annäherung und das bessere Zusammenwirken von Religionen zu fördern. Noch lässt das Verständnis für religiöse Minderheiten in zahlreichen islamischen Ländern zu wünschen übrig, doch mit Repressalien und Sanktionen kann kein Umdenken erzwungen werden. In zahlreichen islamischen Staaten müssen Lernprozesse unterstützt und gefördert werden, um das Miteinander und gegenseitige Verständnis zwischen Religionsgemeinschaften zu fördern. Christen im Nahen Osten empfehlen den Ausbau sozialer Einrichtungen, die Menschen aller Konfessionen zu Gute kommen. Dies fördere den Respekt gegenüber Andersgläubigen und religiösen Minderheiten.

In vielen islamischen Ländern wird der muslimische Glauben quasi zur Staatsreligion erklärt, um die Macht der Regierenden zu stützen. Auch in christlichen Ländern wird Religion zum Machterhalt zweckentfremdet. So missbraucht die russische Staatsführung die Russisch-Orthodoxe Kirche zur Durchsetzung ihrer Machtinteressen. Der russische Präsident Putin hat seinem Statthalter Kadirov in Tschetschenien sogar erlaubt, die Scharia in einer radikalen Form einzuführen, um die Region wirksamer zu kontrollieren. In Brasilien ließ sich im Oktober 2018 der Rechtspopulist Jair Bolsonaro mit maßgeblicher Unterstützung des evangelikalen Unternehmers Edir Macedo zum neuen Staatspräsidenten wählen. Macedo führt die evangelikale Kirche Igreja Universal wie ein Wirtschaftsunternehmen.

Zu Frage 4.) Wachsender Rassismus und Antisemitismus beeinträchtigt das Leben und das Sicherheitsgefühl vieler Angehöriger von Minderheiten in Deutschland und Europa. Aus Frankreich fliehen immer mehr Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft, weil sie sich aufgrund des zunehmenden Antisemitismus nicht mehr sicher in Frankreich fühlen. Auch in Deutschland nimmt der Antisemitismus im öffentlichen Raum deutlich zu. Der Antisemitismus in Deutschland hat unterschiedlichste Ursachen und verschiedenste Protagonisten. Er ist in allen Schichten der Gesellschaft verbreitet und lässt sich auch nicht alleine einzelnen politischen Strömungen zuordnen oder nur auf Migranten/Flüchtlinge aus dem arabischen Raum zurückführen. Wachsender Rassismus fördert auch hier die Ausgrenzung von Sinti und Roma, selbst wenn sie seit Jahrhunderten in Deutschland leben. Auch dunkelhäutige Deutsche, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, beklagen wachsende Ausgrenzung und Anfeindung im öffentlichen Raum.

In Italien hat der Rassismus gegen Roma und Flüchtlinge oder Migranten vor allem aus Subsahara-Staaten deutlich zugenommen in den letzten Jahren. Aber auch in Polen, den

Balkan-Staaten und in Skandinavien nimmt der Rassismus gegen Flüchtlinge und Migranten zu. In Ungarn werden gezielt nicht-christliche Flüchtlinge oder auch Roma ausgesperrt und diskriminiert. In Schweden besteht seit Jahrhunderten ein ausgeprägter Rassismus gegenüber indigenen Sami. In der Schweiz, Großbritannien, Irland und Frankreich ist der Rassismus gegen Fahrende weit verbreitet. Dabei sind die Fahrenden seit 1998 in der Schweiz als nationale Minderheit anerkannt.

Zu Frage 5.) Die Aktivitäten rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen beeinflussen massiv die negative Wahrnehmung von Minderheiten in der Öffentlichkeit und beeinträchtigen die Lebensverhältnisse ihrer Angehörigen. So hat in Italien die rechtspopulistische Lega zur Ausgrenzung und Diskriminierung von Roma öffentlich aufgerufen.

In Frankreich ruft der Rassemblement National (RN, früher Front National) dazu auf, Nicht-Franzosen zu diskriminieren. Viele Französinnen und Franzosen dunkler Hautfarbe fühlen sich durch den vom RN propagierten Rassismus in ihrer Würde verletzt und in ihrer Sicherheit bedroht.

Auch in den Niederlanden, Belgien, Schweiz und Ungarn sind es rechtspopulistische Bewegungen, die Minderheiten gezielt ausgrenzen und damit in der Öffentlichkeit die Diskriminierung dieser Gruppen fördern. Viele dieser politischen Parteien treten als „Ein Thema-Bewegungen“ in der Öffentlichkeit programmatisch auf und definieren sich weitestgehend über die Ausgrenzung von Minderheiten.

In Deutschland hat der einflussreiche Thüringer AFD-Vorsitzende Bernd Höcke mit seinen umstrittenen kritischen Äußerungen zur Erinnerungskultur die Relativierung des Holocaust in einer Weise vorangetrieben, dass ihm nicht nur viele unmittelbar Betroffene vorwerfen, Antisemitismus offen zu schüren.

Zu Frage 6.) **Ökologische Ursachen:** Die Folgen des Klimawandels zerstören die Lebensgrundlagen von Millionen Angehörigen von Minderheiten. Besonders indigene Völker sind sehr stark davon betroffen. So lebt die größte Gruppe indigener Völker in Indien. Diese rund 100 Millionen Adivasi sind überwiegend in der Landwirtschaft tätig. Sie sind massiv betroffen von den sich rapide ändernden klimatischen Bedingungen. Dürren und anderes Extremwetter haben tausende indigene Bäuerinnen und Bauern in Indien bereits in den Ruin und Selbstmord getrieben. Die Weltbank geht davon aus, dass bis zum Jahr 2050 rund 140 Millionen Menschen als Klima-Flüchtlinge ihre Ursprungsregionen verlassen werden.

Von West-bis nach Ostafrika zieht sich ein Gürtel durch den Sahel-Bereich, in dem die indigenen Bewohner massiv von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. In Nigeria schürt er bereits bewaffnete Konflikte, weil Fulani-Hirten auf der Suche nach neuem

Weideland für ihre Viehherden landwirtschaftliche Flächen zerstören, die von indigenen Bauern bewirtschaftet wurden. In Kenia/Äthiopien gibt es regelmäßig bewaffnete Konflikte um knapper werdendes Weideland. Auch hier sind indigene Völker besonders von der Gewalt betroffen.

Auf den Inseln des Südpazifiks und des Indischen Ozeans leiden indigene Völker unter den Folgen der Erhöhung des Meeresspiegels aufgrund des Klimawandels. So drohen nicht nur Inseln im Meer zu versinken, sondern die landwirtschaftlichen Anbauflächen sind immer schwieriger zu nutzen, da das Grundwasser aufgrund der Erhöhung des Meeresspiegels zunehmend versalzt.

Im Hochland des Himalaya wird das Leben der Tibeterinnen und Tibeter durch die Gletscherschmelze akut beeinträchtigt. Die Region gilt unter Geographen aufgrund ihres Reichtums an Schnee und Eis als der dritte Pol der Erde. Der Klimawandel verursacht im Himalaya massive Rückgänge an Niederschlägen, die wiederum das Leben in Tibet erschweren.

Ökonomische Ursachen: Auf allen Kontinenten werden Dutzende Millionen Angehörige indigener Völker durch den Abbau von Rohstoffen und Großprojekte (Bau von Staudämmen, Pipelines etc.) gefährdet, weil ihre traditionelle Lebensgrundlage zerstört wird. Vom Uran-Abbau in Australien, über die Gewinnung von Seltenen Erden in der Inneren Mongolei Chinas bis zur Erdöl- und Erdgasförderung im arktischen Norden Sibiriens werden indigene Völker durch Bergbau und Rohstoff-Förderung akut bedroht.

Im Nigerdelta Nigerias leiden indigene Völker seit 60 Jahren unter den Folgen der Verseuchung und ökologischen Zerstörung ihrer Gewässer und ihres Landes durch Erdöl- und Erdgasförderung. Die schwerwiegenden gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen wurden in Dutzenden internationalen Reporten unter anderem von den Vereinten Nationen dokumentiert. Doch die Empfehlungen werden von Behörden und Unternehmen nicht umgesetzt, so dass sich die Lage der dort lebenden Minderheiten stetig weiter verschlechtert.

Auch in den Amazonasgebieten Brasiliens und Perus hat die Suche nach Rohstoffen, Energie-Ressourcen und nach einer stärkeren landwirtschaftlichen Nutzung schwerwiegende Folgen für indigene Völker, die um ihr Überleben fürchten. So müssen in Brasilien nun indigene Völker um den Verlust ihrer traditionellen indigenen Territorien fürchten, deren juristische Anerkennung sie in den letzten zwei Jahrzehnten mühsam durchgesetzt hatten. Unter der neuen Regierung des Rechtspopulisten Bolsonaro soll der Druck auf diese indigenen Völker noch weiter erhöht werden, um mehr Land industriell nutzen zu können.

Auch in den USA und Kanada nimmt aus wirtschaftlichen Gründen der Druck auf indigene Völker stark zu. Vor allem in den USA drängt die Trump-Regierung auf eine Verringerung

indigerer Reservate und Naturschutzgebiete, um der Industrie die Erschließung neuer Rohstoffvorkommen zu ermöglichen.

Soziale Ursachen: Über soziale Medien verbreitete Hass-Botschaften schüren in Nigeria, Myanmar, Mauretanien und in vielen anderen Regionen der Welt Gewalt gegen Minderheiten. Auch in Indien bekommt dieses Phänomen immer mehr Bedeutung, weil Hindu-nationalistische Bewegungen soziale Medien missbrauchen, um gegen Andersgläubige zu hetzen und zu Ausgrenzung und Gewalt aufzurufen. Die Verbreitung falscher Gerüchte wird durch den oft nachlässigen Umgang von IT-Unternehmen mit Hass-Botschaften gefördert.

Die indigenen First Nations in Kanada und den USA erfahren viel soziale Ausgrenzung und Marginalisierung, die dazu führt, dass ihre Lebenserwartung deutlich geringer als im Landesdurchschnitt ist. Aufgrund von Rassismus und Ausgrenzung sind Angehörige dieser indigenen Gruppen überproportional stark in Gefängnissen zu finden.

Die Bedrohung vor allem vieler indigerer Gruppen ist so groß, dass inzwischen durchschnittlich alle zwei Wochen eine Sprache ausstirbt. Rund 2.500 der ca. 6.500 Sprachen weltweit sind nach Angaben der Weltkulturorganisation UNESCO vom Aussterben bedroht. Dies betrifft besonders indigene Gruppen in Nordost-Indien, die massiv unter Druck geraten sind und bei denen das Sprachensterben dramatische Ausmaße angenommen hat.

Die Verweigerung von Bildung in der regional verbreiteten Sprache kann auch Bürgerkriege schüren, wie zurzeit das Beispiel des eskalierenden Konflikts zwischen anglophonen und frankophon Regionen in Kamerun in Westafrika zeigt. Vor dem seit 2016 eskalierenden Bürgerkrieg sind inzwischen bereits 437.000 Menschen geflohen. Die Bevölkerung in den anglophon Regionen wirft der Regierung des Kamerun vor, ihre Anliegen im Bildungssystem nur unzureichend zu berücksichtigen und in den englischsprachigen Regionen weitgehend Unterricht mit ungenügend ausgebildetem Lehrpersonal durchzuführen.

Zu Frage 7.) **Rassismus** und ethnisch motivierte Ausgrenzungen sind **weltweit weit verbreitet**. So baut in China die Diskriminierung und gewaltsame Assimilation von Uiguren, Kasachen, Tibetern und Mongolen auch auf dem Überlegenheitsgefühl vieler ethnischer Han (der Mehrheitsbevölkerung) gegenüber anderen Nationalitäten auf.

Auch in dem Vielvölkerstaat Myanmar haben viele ethnische Birmanen (heute meist Bamar genannt) Überlegenheitsgefühle gegenüber Angehörigen der nicht-birmanischen Nationalitäten (Karen, Shan, Mon etc.). In Myanmar haben buddhistische Nationalisten der Ma Ba Tha-Bewegung in Kooperation mit den Militärs im Jahr 2015 für die Verabschiedung diskriminierender Gesetze gegen Andersgläubige und Frauen gesorgt. Das Gesetzespaket

bildete eine der Grundlagen einer Apartheid-ähnlichen Ausgrenzung muslimischer Rohingya aus der Mehrheitsgesellschaft.

In Indien träumen Hindu-Nationalisten von einem Hindu-Staat und haben die Vision bis zum Jahre 2025 Millionen Andersgläubige aus dem Land zu vertreiben. Sie instrumentalisieren Religion und Rassismus, um Minderheiten gezielt auszgrenzen. Mehrere Dutzend Millionen Menschen sind von diesem Rassismus betroffen.

In Marokko und Libyen ist der Rassismus gegenüber Menschen aus Subsahara-Afrika weit verbreitet. In Libyen war dieser Rassismus auch schon virulent zu Zeiten des Diktators Gaddafi, der in der Öffentlichkeit die Solidarität mit anderen Staaten Afrikas beschwore. Doch auch damals gab es schon Übergriffe von Anhängern von Gaddafis Jugendorganisation auf Afrikaner dunkler Hautfarbe.

In Mauretanien regiert eine kleine Führungsgruppe von Arabern und Masiren über eine mehrheitlich schwarzafrikanische Bevölkerung. Zur Verstärkung und Festigung dieser ungleichen Machtverhältnisse nutzt sie die Sklaverei. Sie ist zwar offiziell abgeschafft, wird aber vor allem im ländlichen Raum weiter praktiziert.

Im Sudan wurden jahrzehntelang dunkelhäutige Bewohner des heutigen Südsudan alleine aufgrund ihres Aussehens und ihrer ethnischen Abstammung ausgegrenzt und diskriminiert.

Auch Kenia tut sich schwer, ethnische Somalis als gleichberechtigte Menschen anzuerkennen und ihnen Rechte einzuräumen. Auch hier ist ein ausgeprägter Rassismus weitverbreitet.

Zu Frage 8.) Religionsgemeinschaften sollten den **interreligiösen Dialog** weiter fördern und vorantreiben. In vielen Ländern engagieren sich Gläubige und Vertreter aller Religionsgemeinschaften gemeinsam für Frieden und Menschenrechte. Im Bürgerkrieg in Kamerun und der Zentralafrikanischen Republik sind ihre Stimmen und Appelle für Frieden sehr deutlich zu hören und haben eine große Wirkung auf die Bevölkerung, um eine Instrumentalisierung von Religion in bewaffneten Auseinandersetzungen zu verhindern. In Indien und Indonesien demonstrieren Christen gemeinsam öffentlich mit Muslimen für mehr Respekt der Religionsfreiheit.

Wichtig ist es, bei Staatsbesuchen und im UN-Menschenrechtsrat die **weilweite Bedeutung** und Unteilbarkeit des Rechts auf **Religionsfreiheit** hervorzuheben. Die Ernennung eines Beauftragten für Religionsfreiheit weltweit in Deutschland ist dabei ein wichtiger Schritt, um die Bedeutung dieses Grundrechts in allen Gesellschaften zu betonen. Dies beinhaltet nicht nur das Recht von Christen, ihre Religion zu praktizieren, sondern von allen Religionen. Ein Engagement nur für verfolgte Christen wird der weltweiten Relevanz des Problems nicht gerecht.

Auch im **Bildungssystem** sollte der Aufklärung über andere Religionen und der Bedeutung von Religion im Alltagsleben von hunderten Millionen Menschen mehr Rechnung getragen

werden. Denn während Religion in Europa unter der Bevölkerung an Bedeutung verliert, nimmt sie in der Volksrepublik China eine immer bedeutendere Stellung ein. In vielen afrikanischen und südamerikanischen Staaten ist sie aus dem Alltag nicht wegzudenken.

Zu Frage 9.) Unser Rechtssystem geht grundsätzlich von einer Förderung von individuellen Bürgerrechten aus. Auch beim Recht auf Anerkennung von politischem Asyl ist die persönliche Verfolgungssituation entscheidend.

Zu wenig wird dabei berücksichtigt, dass **Gruppenverfolgungen** durch staatliche Behörden oder nicht-staatliche Akteure auch sehr verbreitet sind. So wurde an Yeziden im Irak im Jahr 2014 von Kämpfern des „Islamischen Staates (IS)“ ein Völkermord verübt. In Afghanistan leiden schiitische ethnische Hazara unter massiver Verfolgung durch Kämpfer des IS. Jedes Jahr sterben mehrere hundert Hazara in Afghanistan bei Terroranschlägen des IS. Mit ihnen will die Terrorgruppe Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten schüren und den Staat weiter destabilisieren. Die brutalen Selbstmordanschläge werden auch auf Kinder, Schulen, Begräbnisfeiern und Hochzeiten verübt. Trotzdem wird eine Gruppenverfolgung der Hazara bislang nicht von dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angenommen.

Christen im Nahen Osten werden aufgrund ihrer Religion zur Zielscheibe extremistischer Islamisten. Sie müssen als Gruppenverfolgte anerkannt werden und unseren Schutz genießen.

Auch muslimische Rohingya werden als Gruppe in Myanmar ausgegrenzt und verfolgt. Nach Jahrzehnten einer Apartheid- ähnlichen Ausgrenzung im eigenen Land wurden sie seit August 2017 zu großen Teilen gezielt von Soldaten und Milizionären unter Einsatz von Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus Myanmar vertrieben. Rund eine Million der früher ca. 1,3 Millionen Rohingya in Myanmar lebt daher inzwischen als Flüchtlinge vor allem im Nachbarland Bangladesch.

Zu Frage 10.) Gruppenverfolgung sollte nicht grundsätzlich negiert werden. Sie geschieht leider häufiger als von Regierungen, Behörden und Gerichten eingeräumt wird. Und sie beginnt nicht erst, wenn wie in Xinjiang in China ein Zehntel der gesamten ethnischen Gruppe der Uiguren und Kasachen in Umerziehungslagern weggesperrt wird. Es sind schleichende Prozesse der Ausgrenzung und Verfolgung, die sich oft über Jahre hinziehen und auch in ihrem Anfangsstadium mehr internationale Aufmerksamkeit erfordern, um eine Eskalation der Krisen abzuwenden. Es müssen mehr **Kriterien für Gruppenverfolgung auf der Basis internationaler Menschenrechtskonventionen** ausgearbeitet werden, deren Weiterverbreitung und Fortschreibung auch Ziel deutscher und europäischer Außenpolitik sein sollte.

Ein konkretes Beispiel war die Aufnahme Yezidischer Flüchtlinge aus dem Irak, um dem Terror des IS zu entkommen. So kam die Friedensnobelpreisträgerin 2018, Nadia Murad, mit ihrer Schwester über ein Sonderkontingent für besonders gefährdete Frauen und Kinder im Nordirak nach Baden-Württemberg.

Zu Frage 11.) **Völkerverständigung** ist besonders wichtig und sicher ein geeignetes Mittel, um mehr Wissen über andere Kulturen und Religionen zu bekommen und Vorurteile abzubauen. Eine ganz besondere Bedeutung spielen dabei auch **Medien**, nicht nur die herkömmlichen Medien wie Presse, Radio und Fernsehen, sondern auch soziale Medien. Presse- und Internetfreiheit werden immer wichtiger, stoßen aber auch an ihre Grenzen bei der drohenden Verletzung von Persönlichkeitsrechten zum Beispiel durch die Verbreitung von Hass-Botschaften über soziale Medien. Hier müssen Internet-Provider und IT-Firmen ihrer Verantwortung stärker gerecht werden und in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft Grenzen definieren und real auch ihre Beachtung überwachen und sichern.

Wenn Völkerverständigung gelingen soll, dann muss die **Zivilgesellschaft** mitwirken und diese Prozesse auch gestalten können. So tragen Städtepartnerschaften mit chinesischen Städten meist nicht zur Völkerverständigung zwischen den Menschen in Deutschland und China bei, sondern werden vor allem aus ökonomischen Gründen angestrebt.

Völkerverständigung ist entscheidend davon abhängig, dass auch ein **politischer Wille** bei den führenden politischen Kräften des Landes zum Abbau von Vorurteilen und Spannungen besteht. Das Beispiel der Rohingya in Myanmar zeigt eindrücklich, wie Vorurteile fortbestehen und vertieft werden, wenn dieser politische Wille nicht besteht.

Völkerverständigung setzt auch ein **freies Internet** voraus. Zahlreiche Staaten (China, Russland, Vietnam, Pakistan etc.) wollen die freie Nutzung des Internets weltweit einschränken und nationale Gesetze auf die Nutzung des Internets weltweit anzuwenden, um die Internetfreiheit abzuschaffen und kritische Internetnutzer zu kriminalisieren. Hier sollte Deutschland sich stärker für die weltweite Internetfreiheit einsetzen, denn diese Staaten werden auch auf der Ebene der Vereinten Nationen aktiv, um die Internetfreiheit zu bekämpfen.

Zu Frage 12.) **Dialogprozesse** können zum Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung sehr förderlich sein. Sie sind auf allen Ebenen der Gesellschaft wichtig, nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch im **regionalen und lokalen Rahmen**. Da die Spannungen oft vor Ort bestehen, sind gerade lokale Dialog-Foren besonders wichtig und hilfreich, um zu einem anderen Umgang zu kommen. Es ist nicht ausreichend, dass nur auf nationaler Ebene Bemühungen um einen Abbau von Ausgrenzung und Diskriminierung betrieben werden. Die Gefahr ist sonst groß, dass symbolische Begegnungen und Initiativen auf nationaler Ebene nicht auf lokaler Ebene entsprechend umgesetzt werden.

Positive Erfahrungen wurden mit solchen Dialogprozessen auf unterschiedlichsten Ebenen im Sudan, Südsudan und in Uganda gemacht. In Nigeria bemüht man sich zurzeit um ähnliche Formate, um die Fulani-Krise zu entschärfen.

Wichtig ist dabei, dass die **Zivilgesellschaft** und vor allem die **Frauen** einbezogen werden, weil sie sich in vielen Ländern kontinuierlicher und konsequenter für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen als die dort lebenden Männer. In vielen Bürgerkriegsregionen sind Frauen alleine darauf angewiesen, das Überleben der Familie und ihr eigenes Überleben zu sichern.